

2.1 Wien im Ausschuss der Regionen 2011

Der Ausschuss der Regionen (AdR) ist die institutionalisierte Vertretung der Städte, Gemeinden und Regionen in der Europäischen Union (EU). 344 Mitglieder aus allen 27 Mitgliedstaaten der EU wirken am Gesetzgebungsverfahren mit beratender Stimme mit. Österreich stellt 12 Mitglieder und die gleiche Anzahl von StellvertreterInnen. Wien ist durch Bürgermeister Dr. Michael Häupl und als seine Stellvertreterin Vizebürgermeisterin Mag.^a Renate Brauner vertreten. Außerdem ist Gemeinderätin Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elisabeth Vitouch ein stellvertretendes Mitglied, das vom Österreichischen Städtebund nominiert ist.

2011 traf sich der AdR zu sechs Plenartagungen. Auf diesen werden die Stellungnahmen verabschiedet, die zuvor in den Fachkommissionen – inhaltlich spezialisierten Unterausschüssen – vorberaten werden. Wien ist Mitglied in den Fachkommissionen für Bildung, Jugend, Kultur und Forschung (EDUC) sowie für Kohäsionspolitik (COTER). Letztere ist unter anderem auch zuständig für Verkehr und Städtepolitik.

Ein auch für Wien wichtiger Schwerpunkt des Jahres 2011 in der Arbeit des AdR war die Zukunft der Regionalpolitik. Die derzeitige Förderperiode läuft Ende 2013 aus, im Oktober 2011 hat die Europäische Kommission die lange erwarteten Vorschläge für die neue Periode von 2014 bis 2020 vorgelegt. Der AdR hat sich auf Ersuchen der Europäischen Kommission früh in den Diskussionsprozess eingebracht. Kernpunkte seiner Forderungen sind unter anderem eine Regionalpolitik für alle Regionen auch in der Zukunft und eine entsprechende Berücksichtigung von Städten. Diese haben auch Niederschlag in den Vorschlägen der Europäischen Kommission gefunden, die zurzeit von Rat und Europäischem Parlament beraten werden.

Am angeführten Beispiel der Regionalpolitik zeigt sich, dass die vorausschauende Arbeit im AdR immer mehr an Bedeutung gewinnt. Seine Stimme ist nur eine von mehreren, wenn die Europäische Kommission ihren Vorschlag vorgelegt hat. Der AdR setzt daher in den letzten Jahren einen Schwerpunkt auf den Zeitpunkt vor der Vorlage eines Vorschlags durch die Europäische Kommission. Den fachlichen Input sammelt er über von ihm gegründete Netzwerke, die einen schnellen und unbürokratischen Informationsaustausch und -fluss ermöglichen. Wien ist aktiv Mitglied beim Netz für Subsidiaritätskontrolle und hat auch 2011 an mehreren Konsultationen teilgenommen.

Wien nimmt auch an den interregionalen Gruppen „Donauraum“ und „Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen“ teil. Darin haben sich AdR-Mitglieder und StellvertreterInnen aus Staaten entlang der Donau, die die mittlerweile auch von der EU anerkannte Makroregion Donauraum bilden, beziehungsweise aus den „starken“ Regionen, die die Kompetenz zur Gesetzgebung haben, zusammengeschlossen. Insbesondere die Donaugruppe hat eine enge Arbeitsbeziehung zu Abgeordneten des Europäischen Parlaments und auch der Europäischen Kommission aufgebaut.

Kontakt und wichtige Links:

MA 27 – Europäische Angelegenheiten / Wien Haus Brüssel

Mag. Harald Bürger M.E.L.S.

harald.buerger@wien.gv.at

Tel.: +32 2 743 85 02

2.2 REGLEG – die Konferenz der Präsidenten von Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen

Die „Konferenz der Präsidenten von Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen“ (REGLEG) ist ein politisch-informelles Netzwerk, das sich für die besonderen Ansprüche und Interessen der Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen im Beschlussfassungsprozess der Europäischen Union einsetzt. Gemeinsam mit vielen anderen ist es gelungen, in den letzten Jahren den Anliegen der Regionen, Städten und Gemeinden mehr Gehör zu verschaffen. REGLEG zeigt, dass auch informelle Netzwerke auf europäischer Ebene handlungsfähig sind. Klare Prioritäten, das Wissen aller, am gleichen Strang ziehen zu müssen und ein auf Vertrauen und jahrelanger Zusammenarbeit basierender offener Umgang tragen dazu bei.

Initiiert wurde REGLEG nach der Regierungskonferenz von Laeken 2001, mit der die Europäische Verfassungsdiskussion eingeleitet wurde, die schlussendlich mit dem Lissabon-Vertrag einen Abschluss fand. Das Netzwerk verfügt derzeit über 73 Mitgliedsregionen aus acht Unionsstaaten, die alle über gesetzgeberische Kompetenzen verfügen, eine eigene Regierung haben, über direkt gewählte Parlamente verfügen und die für die Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften zuständig sind. Die Mitgliedsregionen, welche sich in Österreich, Deutschland („Länder“), Italien, Spanien (Regionen) sowie Belgien (Regionen und Sprachgemeinschaften) befinden und zu denen überdies Schottland, Wales, Nordirland, die portugiesischen Azoren und Madeira sowie die finnischen Åland-Inseln gehören, vertreten fast die Hälfte der EU-Bevölkerung.

REGLEG konzentrierte sich in seiner Arbeit lange auf institutionell-rechtliche Aspekte, wie die Absicherung des Subsidiaritätsprinzips, bessere Anhörungsrechte für die Regionen im Rechtssetzungsprozedere, Komitologie. Das war auch eine logische und zwangsläufige Folgeerscheinung der jahrelangen Diskussion innerhalb der EU über neue vertragliche Grundlagen, die erst am 1. Dezember 2009 mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon vorläufig beendet wurde. In diesem Zusammenhang hat REGLEG mit Vehemenz im Rahmen des Verfassungsprozesses bzw. der Erstellung des Vertrages von Lissabon für eine Aufwertung der Regionen im Europäischen Mehrebenensystem geworben. Auch die „Nachbetreuung“ der dabei erzielten Erfolge ist ein Thema der Arbeit von REGLEG.

Organisation

Koordiniert werden die Tätigkeiten über das „Coordination Committee“ (kurz CoCo), das sich aus Vertretern auf Verwaltungsebene aus 20 Mitgliedsregionen zusammensetzt und etwa sechsmal jährlich in Brüssel im Büro des jeweiligen Vorsitzes tagt. Zu den Aufgaben der Präsidentschaft zählen unter anderem die Organisation und der Vorsitz bei den CoCo-Sitzungen und der jährlichen Mitgliederkonferenz sowie die Außenvertretung des Netzwerkes. Für Österreich stellen Salzburg und Wien die beiden VertreterInnen im CoCo.

Für 2010 hatte die Region Aragon aus Spanien die Präsidentschaft inne, 2011 übernahm Brüssel die Präsidentschaft. Unter der Vorsitzführung von Aragon wurde zudem das System einer „Trio-präsidentschaft“ eingeführt - der aktuelle, der vorjährige und der zukünftige Vorsitz stimmen sich in ihren Aktionen ab, um Kontinuität sicherzustellen. Erleichtert wird dadurch insbesondere auch die Vertretung nach außen auf politischer Ebene. Vor 2010 wurde die Präsidentschaft unter anderem von Piemont, Flandern, Bayern, Salzburg, Wales und Schottland ausgeübt.

Die Handlungsfähigkeit des Netzwerkes hängt aufgrund der Informalität stark vom Engagement der einzelnen Regionen ab, beispielsweise verfügt REGLEG über kein dauerndes Sekretariat oder eigene finanzielle Ressourcen (etwa aus Mitgliedsbeiträgen). Eventuelle Veranstaltungen (Seminare, Konferenzen) finden grundsätzlich in Brüssel statt, teilweise in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Netzwerken, in der Vergangenheit zum Beispiel dem AdR.

Die Zaragoza-Deklaration

REGLEG hat sich 2010 mit der Deklaration von Zaragoza ein Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre gegeben. Die darin genannten Schwerpunkte sind:

- Neuerungen durch den Vertrag von Lissabon, insbesondere im Zusammenhang mit dem Subsidiaritätsprinzip und der Daseinsvorsorge und deren Umsetzung in der Praxis.
- Die Zukunft der Kohäsionspolitik ab 2014, damit im Zusammenhang der neue mehrjährige Finanzrahmen und Fragen der besseren wirtschaftlichen Koordination innerhalb der EU (Europäisches Semester).
- Europa 2020, die Wachstumsstrategie der EU für das kommende Jahrzehnt. Ziel ist eine intelligente, nachhaltige und integrative Wirtschaft für Europa. Diese drei Prioritäten, die sich gegenseitig verstärken, dürften der EU und den Mitgliedstaaten helfen, ein hohes Maß an Beschäftigung, Produktivität und sozialem Zusammenhalt zu erreichen.
- Ein eigener Abschnitt widmet sich dem Ende 2010 aktuellen Bericht der Reflexionsgruppe unter Leitung des ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzales mit seiner Vision für ein Europa 2030.

Die Präsidentschaft von Brüssel

Die intensive Beschäftigung mit institutionellen Fragen, der Ausgangspunkt von REGLEG 2011, ist nach Abschluss der Vertragsänderungen auf EU-Ebene in den Hintergrund getreten. Die Brüsseler Präsidentschaft 2011 ist durch eine Konzentration auf Inhalte und Sachpolitiken geprägt, ein Weg, der von der ebenfalls sehr aktiven Präsidentschaft von Aragon 2010 vorgespurt wurde. Aragon hatte zusätzlich den großen Vorteil, mit den sechsmonatigen Ratspräsidentschaften von Spanien und Belgien sehr günstige Rahmenbedingungen vorfinden zu können. Erstmals war REGLEG neben anderen großen europäischen Dachverbänden der Gebietskörperschaften (z.B. RGRE, EUROCITIES) zu informellen Ministertreffen eingeladen.

Unter dem Motto „Open – Transparent – Inclusive“ trieb Brüssel die Etablierung des Netzwerks weiter voran. Klarer Schwerpunkt war dabei die Wirtschaftspolitik. Stichworte in diesem Zusammenhang sind die Strategie Europa 2020 und das Europäische Semester, ein jährlicher Zyklus der wirtschafts- und haushaltspolitischen Koordinierung auf EU-Ebene. Obwohl die Regionen davon massiv betroffen sind, erfolgt teilweise nur eine unzureichende Einbindung in die Entscheidungsprozesse. Brüssel und Wien gemeinsam haben in diesem Zusammenhang zudem eine Studie bei EIPA (European Institute of Public Administration) in Auftrag gegeben, die die Rolle der Regionen in der wirtschaftlichen Governance der EU untersucht. Erste Ergebnisse wurden im Rahmen der Jahreskonferenz Ende November vorgestellt. Politisch nahm REGLEG zudem an der WIRE-Konferenz (Week of Innovative Regions in Europe) der ungarischen Ratspräsidentschaft im Juni 2011 in Debrecen teil. Diese regelmäßig stattfindende Konferenz zu Forschung und Innovation beschäftigte sich dieses Jahr mit dem Thema Cluster und Forschungsinfrastruktur sowie deren nicht immer einfachem Zusammenwirken. In seiner Präsentation wies REGLEG-Präsident Vanraes auf das erhebliche ökonomische Potential von Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen hin. Aufgrund ihrer Haushalte – zusammengerechnet über 800 Milliarden € – seien diese veritable „Player“ auch im Forschungsbereich. Zusammen mit ihrer starken Rolle bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik sei eine gute Abstimmung der verschiedenen sektoralen Politiken auch in ihrem Interesse.

Im Zuge der Diskussionen zur Zukunft der Regionalpolitik, die mit Vorlage der Vorschläge durch die Europäische Kommission im Oktober 2011 an Fahrt aufgenommen haben, unterstützte REGLEG die Sankt Pölten-Deklaration der europäischen Dachverbände. Darin wird auch ab 2014 eine Regionalpolitik für alle Regionen mit ausreichenden Haushaltsmitteln gefordert.

Auf der institutionellen Ebene konnten die Verhandlungen mit CALRE und dem KGRE zum Abschluss von Kooperationsabkommen erfolgreich abgeschlossen werden, beide Abkommen sind bereits unterzeichnet. Sowohl zu CALRE als auch zum KGRE bestehen seit langem intensive Kontakte. CALRE, die Konferenz der Präsidenten der regionalen gesetzgebenden Versammlungen in der Europäischen Union, ist ein natürlicher Partner von REGLEG auf europäischer Ebene. Gemeinsamer Schwerpunkt sind vor allem Fragen der Subsidiarität. AdR-Mitglieder und StellvertreterInnen aus Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen - unabhängig davon, ob sie in ihrer Region in der Exekutive oder Legislative tätig sind - bilden zudem eine Interregionale Gruppe im Ausschuss der Regionen (AdR). Deren mehrmals jährlich am Rande der Plenartagungen des AdR stattfindende Treffen dienen vor allem dem Erfahrungsaustausch und der Koordinierung der gemeinsamen Arbeit im AdR. CALRE und REGLEG führen jährlich abwechselnd das Sekretariat der Gruppe. Auch mit dem KGRE, dem Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates, bestehen vielfältige personelle und inhaltliche Überschneidungen. Vorgesehen ist, 2012 ein gemeinsames Seminar mit Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen von außerhalb der EU zu veranstalten.+

Im Rahmen der großen Subsidiaritätskonferenz in Bilbao, die vom AdR im März 2011 veranstaltet wurde, stellte REGLEG mit Präsident Vanraes einen der Hauptredner. Subsidiarität und ihre Neudefinition durch den Vertrag von Lissabon, in der erstmals auch die regionale Dimension erwähnt wird, stellten und stellen einen großen Fortschritt dar. Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen sind daher immer Befürworter dieses Netzwerks im Rahmen des AdR gewesen und verfolgen die Arbeiten mit großem Interesse und Engagement. Die Schlussfolgerungen der Konferenz heben die neue Dimension des Subsidiaritätsprinzips und die dadurch eröffneten Chancen hervor. Die neue prozedurale Absicherung („Early Warning System“) fordere insbesondere auch ein Mitwirken der regionalen Ebene. CALRE und REGLEG sind die einzigen beiden Netzwerke, die namentlich in den Schlussfolgerungen angeführt werden, eine Anerkennung ihrer aktiven Rolle durch den AdR.

Daneben gab es die Teilnahme und Mitwirkung an diversen Treffen in und außerhalb von Brüssel. Regelmäßige Treffen der Generalsekretäre der europäischen Dachverbände, die Mitwirkung an Seminaren und das schon traditionelle jährliche Treffen der Vorsitzenden der europäischen Verbände der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission Barroso im Juni zu den Themen Europa 2020 und dem zukünftigen EU-Haushalt rundeten die Arbeit ab.

Die Außenwirkung und Visibilität wurden zusätzlich durch einen Newsletter und sogenannte „CoCo+“ – kurze Gesprächsrunden mit anderen Stakeholdern nach den CoCo-Sitzungen – erhöht.

Die jährliche politische Konferenz am 29. und 30. November 2011 in Brüssel stand ganz im Zeichen der Wirtschaftspolitik. Die Zukunft der Kohäsionspolitik, 10 Jahre Erklärung von Laeken – der Start der Diskussion, die schlussendlich zum Vertrag von Lissabon führte – sowie ein wirtschaftspolitischer Teil bilden die Kernpunkte der kurzen Deklaration, die zudem den Brüsseler Vorsitz Revue passieren lässt. Zwei Kommissare und weitere hochrangige Teilnehmer unterstrichen den Stellenwert dieser repräsentativen jährlichen Veranstaltung, an der politische Vertreter aus etwa 40 REGLEG-Mitgliedsregionen teilnahmen. Wien war durch Landtagspräsident Professor Harry Kopietz und Gemeinderätin Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elisabeth Vitouch vertreten. Bei der Übernahme des Vorsizes bedankte sich Professor Kopietz bei Brüssel für die geleistete Arbeit und kündigte an, dass Wien den erfolgreichen Weg der Konsolidierung von REGLEG weitergehen wird. Die Übergabe erfolgte symbolisch mit der Überreichung eines Schokoladeschlüssels durch Brüssel. Wien revanchierte sich mit der für eine Großstadt wohl einzigartigen Spezialität – Wein.

Ausblick

Zusammenfassend haben Aragon und Brüssel die Position von REGLEG konsolidiert und ausgebaut. Ermöglicht wurde das auch durch ein entsprechendes Umfeld – erstmals Einladungen zu informellen Ministertreffen durch die spanische und belgische Präsidentschaft im Rat der EU, traditionell starkes Interesse von spanischen Regionen an REGLEG, für Brüssel der Vorteil, auch die „Hauptstadt Europas“ zu sein. Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen nehmen eine Vorreiterrolle, die „Lokomotivfunktion“ für andere regionale und lokale Gebietskörperschaften ein. Diese - und nicht so sehr die Konkurrenz mit anderen - steht bei REGLEG im Vordergrund.

Wien wird den erfolgreich eingeschlagenen Weg 2012 fortsetzen. Schwerpunkte der Wiener Arbeit werden dabei die folgenden Themen sein:

- **Wirtschaft**

Die EU kämpft weiter mit der Bewältigung der Wirtschaftskrise, die Verhandlungen für den mehrjährigen Finanzrahmen und über die Vorschläge für die verschiedenen Sektorpolitiken, vor allem die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2014, laufen auf Hochtouren. REGLEG wird diese Entwicklungen aufmerksam verfolgen. Grundlage dafür wird unter anderem die Studie von EIPA sein, die dafür den notwendigen Unterbau und fachlichen Input liefert. Die wichtige Rolle der öffentlichen Hand und Leistungen der Daseinsvorsorge haben auch durch den Vertrag von Lissabon primärrechtlich Anerkennung gefunden. Diese sind das Rückgrat nicht nur der europäischen Wirtschaft, sondern des europäischen Modells insgesamt.

- **Zusammenarbeit mit dem AdR und anderen Dachverbänden**

REGLEG übernimmt turnusgemäß 2012 das Sekretariat der Interregionalen Gruppe Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen im AdR. Fixpunkt ist auch das jährliche Treffen der europäischen Dachverbände mit Kommissionspräsident Barroso.

Im AdR laufen zudem intensive Folgearbeiten zum Weißbuch Regieren auf mehreren Ebenen. Die Idee eines „Scoreboards“ für Multilevelgovernance nimmt Gestalt an. REGLEG hat an diesen Arbeiten bereits im Vorfeld mitgewirkt, erste Erfolge finden sich auch durch die stärkere Betonung der regionalen Dimension in Gemeinschaftspolitik.

Mit dem KGRE und CALRE gemeinsam wird Ende Mai in Innsbruck ein Seminar veranstaltet. Dabei geht es um eine Bestandsaufnahme der Regionalisierung in der EU, gleichzeitig soll aber auch über deren Grenzen hinausgeblickt werden. Die Schweizer Kantone, Quebec und Regionen aus den östlichen Nachbarländern der EU werden daran teilnehmen.

- **Reformen und Sonstiges**

Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ist erneut eine Diskussion über die vertraglichen Grundlagen der EU (EUV, AEUV) in Gang gekommen. Die Forderung nach (umfangreicheren?) Vertragsänderungen steht im Raum (Bericht von Van Rompuy für den Dezemberrat 2011). Diese Entwicklungen müssen aus Sicht der Regionen genau verfolgt werden. Insbesondere dürfen dadurch nicht die durch den Vertrag von Lissabon erreichten Fortschritte für die regionale Ebene in Frage gestellt werden.

Kontakt und wichtige Links:

MA 27 – Europäische Angelegenheiten / Wien Haus Brüssel

Mag. Harald Bürger M.E.L.S.

harald.bürger@wien.gv.at

Tel.: +32 2 743 85 02

2.3 Das „Wien-Haus“ – 15 Jahre erfolgreiche kommunale Interessensvertretung in Brüssel

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im Jahr 1995 erforderte auch eine rasche Positionierung der österreichischen Bundesländer in Brüssel. Bereits ein halbes Jahr nach dem Beschluss des Wiener Gemeinderats im Mai 1995, ein Haus in Brüssel zu kaufen, nahm das „Wien-Haus“ in Brüssel seinen Betrieb auf.

Von Anfang an waren die Ziele des „Verbindungsbüros der Stadt Wien zur EU“ und des „Büros Brüssel der Wirtschaftsagentur Wien“ – seit damals in enger Arbeitsgemeinschaft unter einem Dach –, zeitgerecht Entwicklungen auf europäischer Ebene und ihre möglichen Auswirkungen auf Wien erkennen zu können, aktiv an Entscheidungsprozessen mitzuwirken, Fachdelegationen und BesucherInnengruppen aus Wien zu betreuen, VertreterInnen der Stadt Wien aus Politik und Verwaltung bei Kontakten zur EU zu unterstützen und ganz allgemein Wien in fachlicher, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zu präsentieren.

Wien-Haus: Kontinuierlicher Einsatz für EU-Städtepolitik und Daseinsvorsorge

In den ersten Jahren der Tätigkeit des Verbindungsbüros der Stadt Wien in Brüssel ging es v. a. darum, die Struktur und Arbeitsweise der EU kennenzulernen, Kontakte aufzubauen und Wien als aktive Fürsprecherin für eine **starke städtische Dimension in der europäischen Politik** zu positionieren. Die wichtige Frage einer starken Betonung der städtischen Dimension – nicht nur, aber auch – im Rahmen der Strukturfonds wurde und wird aktiv von Seiten Wiens betrieben. Wie ein roter Faden zieht sich bis heute das Thema **„Daseinsvorsorge“** und die Absicherung kommunaler Selbstverwaltung durch die Arbeit des Verbindungsbüros - und der Wiener Europapolitik. Ob im Bereich des öffentlichen Verkehrs, des Wassers, der sozialen und Gesundheitsdienstleistungen, des Vergabe- und Beihilfenrechts: immer wieder beschäftigen sich die MitarbeiterInnen in Brüssel, gemeinsam mit ihren KollegInnen in Wien, mit der Frage der Bewahrung der Gestaltungsfähigkeit von Leistungen der Daseinsvorsorge für die BürgerInnen auf kommunaler und lokaler Ebene. Dabei wurden und werden immer wieder Bündnisse mit anderen Regionen, Städten und Städtenetzwerken geschlossen, um die Verhandlungsposition in Richtung EU zu stärken.

Erfolge für Wien: TINA, URBAN, CENTROPE...

So gelang es u. a. mit Hilfe des Verbindungsbüros in Brüssel, das TINA-Büro (Transport Infrastructure Needs Assessment) im Auftrag der Europäischen Kommission in Wien anzusiedeln und zum ersten Mal EU-Strukturfondsmittel im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN für die Revitalisierung der Gürtelzone für Wien anzusprechen (1996 – 1999). Die ständige Präsenz Wiens in Brüssel führte schließlich dazu, dass Wien neben der Fortsetzung des Gemeinschaftsinitiative URBAN (rund um den ehemaligen Schlachthof St. Marx und den sog. Erdberger Mais) auch städtische Strukturfondsmittel im Rahmen von Ziel 2 ansprechen konnte. Letztere wurden insbesondere im 2. und 20. Bezirk zur Revitalisierung des Höchstädtplatzes eingesetzt. Auch in der grenzüberschreitenden Kooperation wurden wichtige Kontakte zu den an Österreich angrenzenden Nachbarregionen geknüpft. Dies war nicht nur für konkrete Kooperationsvorhaben, wie beispielsweise den Twin-City-Liner zwischen Wien und Bratislava, bedeutsam, sondern bildete auch eine wichtige Grundlage für die 2005 politisch ins Leben gerufene „Europaregion Mitte“ – CENTROPE unter Beteiligung von insgesamt 16 KooperationspartnerInnen. Ohne die grundlegenden Erfahrungen Wiens in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der EU-Förderprogramme wäre auch die erfolgreiche Bewerbung Wiens als Verwaltungsbehörde des größten europäischen Regionalförderprogramms „CENTRAL EUROPE“ nicht möglich gewesen. Hier werden von Wien im Zeitraum 2007 – 2013 rd. 250 Mio. EURO EFRE-Mittel für die Europäische Kommission in acht Mitgliedstaaten verwaltet.

Daseinsvorsorge im öffentlichen Personennahverkehr

2000 legte die Europäische Kommission den ersten Verordnungsentwurf zur Liberalisierung öffentlicher Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße vor; sofort stieg Wien unter Feder-

führung des Verbindungsbüros in Brüssel in die europaweite Auseinandersetzung dazu ein. In der sogenannten „Major Metropolises Group“ (MMG – ein Zusammenschluss der öffentlichen Verkehrsunternehmen der größten europäischen Städte – darunter Transport for London, Régie Autonome des Transports Parisiens, Berliner Verkehrsbetriebe etc.) setzte sich Wien vehement für die Aufrechterhaltung integrierter öffentlicher Verkehrsdienstleistungen in urbanen Gebieten und gegen die Liberalisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Europa ein. Wichtige Städte wie London, Paris, Berlin, Barcelona, München, Lissabon, Luxemburg und Nürnberg schlossen sich einer Resolution des Wiener Bürgermeisters an und so konnten letztlich weitreichende Liberalisierungspläne der Kommission verhindert werden.

Wirtschaftsagentur Wien - Büro Brüssel

Bereits seit 1994 war der damalige Wiener Wirtschaftsförderungsfonds in Brüssel vertreten und bereitete die Präsenz der Stadt Wien vor Ort vor. Die Schwerpunkte der Arbeit der Wirtschaftsagentur erstrecken sich auf Information und Beratung von Unternehmen zu verschiedenen Themenbereichen auf Europäischer Ebene (v.a. europäische Förderprogramme, Ausschreibungen zu den Themenbereichen Forschung, Innovation, Energie, Umwelt, KMU, Beihilfenrecht) und Unterstützung bei der Suche nach internationalen ProjektpartnerInnen. Zu den weiteren Aufgaben zählen Lobbying für Projekte von Wiener Unternehmen sowie die Herstellung von Kontakten zu den Europäischen Institutionen.

Das Büro Brüssel organisiert Kooperationsveranstaltungen und Seminare für Unternehmen, Unternehmenspräsentationen und Präsentationen zur Bewerbung des Wirtschaftsstandorts Wien. Mittels verschiedener Informationsprodukte werden Wiener Unternehmen und die MitarbeiterInnen der Wirtschaftsagentur Wien über die wichtigsten wirtschaftlichen Ereignisse auf Europäischer Ebene informiert.

Aktuelle Themen 2011+

Aktuelle und künftige Themen für die Arbeit des Verbindungsbüros sind zur Zeit die Implementierung der EU-Donauraumstrategie, die Stärkung der städtischen Dimension auf europäischer Ebene und die Beschäftigung mit der Europa 2020 Strategie, deren Ziele auch in Wien für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und die Aufrechterhaltung der Errungenschaften des sozialen Zusammenhaltes von grundlegender Bedeutung sind.

Das Thema Energieeffizienz im Zusammenhang mit den Klimaschutzziele der EU wird zunehmend an Bedeutung für viele Ebenen der Stadtverwaltung und die kommunalen Unternehmen gewinnen. Wien als Umweltmusterstadt kann intelligente Lösungen und Ansätze bei einer breiten Themenpalette – von Biodiversität über Wasserqualität bis hin zu Fernwärme/Fernkälte – in die Debatten auf europäischer Ebene einbringen. Rund um das Thema „Smart Cities“ wird es ein Bündel von Maßnahmen der EU geben; hier gilt es, Wien als Stadt mit hoher Kompetenz in vielen Bereichen, insb. einer bürgernahen und nachhaltigen Stadtentwicklung zu positionieren und best practices wie die „Seestadt Aspern“ vor den Vorhang zu holen. Schließlich können im Bereich der sozialen und Gesundheitsdienstleistungen Wiener Modelle in Brüssel präsentiert werden - das EU-Jahr des Aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen 2012 bietet dafür zahlreiche Anknüpfungspunkte.

Arbeit in europäischen Gremien und Netzwerken

Ein wichtiger Vorteil eines Verbindungsbüros vor Ort in Brüssel ist die direkte Anbindung an das Geschehen in den europäischen Institutionen und verschiedenen Netzwerken. So werden insb. der Ausschuss der Regionen, das Städtenetzwerk EUROCITIES und der Zusammenschluss der Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen (RegLeg) vom Verbindungsbüro in Brüssel aus betreut - in enger Abstimmung mit den Fachdienststellen in Wien. Diese „kurzen“ Wege in der Kommunikation sind für eine rasche Informationsbeschaffung wichtig und erleichtern das „Mainstreaming“ von Positionen quer durch die verschiedenen Gremien und Netzwerke.

Offenes Haus der Stadt Wien in Brüssel

Insgesamt erhielten in den 15 Jahren des Bestehens des Wien-Hauses 85 Personen Gelegenheit, ein Praktikum im Verbindungsbüro zu absolvieren, davon in den Jahren 1998 bis 2003 insgesamt 23 KollegInnen aus den Mittel- und Osteuropäischen Staaten im Rahmen eines eigenen Trainingsprogramms im Zusammenhang mit der Ostöffnung. Der Großteil der PraktikantInnen waren aber MitarbeiterInnen der Wiener Stadtverwaltung, die bei ihrem Aufenthalt in Brüssel Europa besser kennenlernen und konkrete Projekte und Themen mit EU-Bezug im Auftrag ihrer Abteilung vorantreiben konnten.

151 BesucherInnengruppen und Netzwerktreffen fanden ihren Weg ins Verbindungsbüro, aus Wiener Schulen, Fachhochschulen und Universitäten, von KinderpädagogInnen und JugendarbeiterInnen über MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung bis hin zu Fachleuten aus den Bereichen Energie, Klimaschutz und vielem mehr. Netzwerke wie EUROCITIES oder „Capital Cities and Regions“ hielten und halten immer wieder Arbeitssitzungen im Wien-Haus ab.

Bis Mitte September 2011 fanden insgesamt **312 Fach- und Kulturveranstaltungen** im Wien-Haus statt. Dabei konnten so prominente Gäste wie die früheren EU-Kommissare Bangemann, Barnier und Fischler und – 2010 – der jetzige Regionalkommissar Hahn begrüßt werden, der Wiener Bürgermeister und die Wiener StadträtInnen kamen regelmäßig zum Austausch auf europäischer Ebene, ebenso wie die Abgeordneten zum Europäischen Parlament und andere prominente EuropäerInnen, wie Erhard Busek und Ewald Nowotny. Immer wieder waren auch WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen zu Gast, wie Konrad Paul Liessmann, Anton Zeilinger, Norbert Leser, Mercedes Echerer, Wolf Haas, Ditha Brickwell, Wendelin Schmidt-Dengler, Stefan Slupetzky und viele mehr.

Rund 400 Partnersuchen, Konferenzhinweise und ähnliches werden pro Jahr durch das Verbindungsbüro nach Wien übermittelt; hinzu kommen Recherchen zu diversen Themen für Stellen in Wien und in Brüssel. Das „Wien-Haus“ ist ein Scharnier zwischen der EU und der Stadt Wien, das sich – in beide Richtungen – als Dienstleisterin für alle Bereiche der Stadt und ihrer Organisationen und Unternehmen versteht.

Kontakt und wichtige Links:

MA 27 – Europäische Angelegenheiten / Wien Haus Brüssel

Michaela Kauer MBA
michaela.kauer@wien.gv.at
Tel.: 0032 2 74 385 01

2.4 EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Am 24. Juni 2011 wurde die EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR) durch den Europäischen Rat angenommen. Nach der EU-Strategie für den Ostseeraum ist somit die zweite makroregionale Strategie offiziell von der Vorbereitungsphase in die Umsetzungsphase getreten. Durch diese großräumige Strategie, die 14 Staaten vom Donauursprung bis zum Schwarzen Meer umfasst, soll eine bessere sektorübergreifende Koordination der relevanten AkteurInnen, Programme und Aktivitäten und damit ein Mehrwert für die Entwicklung insgesamt erzielt werden.

Die EU-Strategie für den Donaauraum, die aus einer Mitteilung der Europäischen Kommission (EK) und einem „Aktionsplan“ besteht, wurde auf Basis eines intensiven Konsultationsprozesses im Jahr 2010 entwickelt und umfasst insgesamt elf Schwerpunktfelder, die sich in vier Säulen (Themenbereiche) zusammenfassen lassen:

- Anbindung des Donaaraums,
- Umweltschutz im Donaauraum,
- Aufbau von Wohlstand im Donaauraum und
- Stärkung des Donaaraums.

Die Umsetzung der EUSDR wird zwar von der Europäischen Kommission EK weiterhin koordiniert. Eine tragende Rolle kommt aber den AkteurInnen im Donaauraum selbst, v.a. den Staaten, Regionen, Städten und Institutionen zu. Für jeden der elf Schwerpunktbereiche wurden auf Basis von Vorschlägen der einzelnen Staaten von der EK je zwei KoordinatorInnen (Priority Area Coordinators (PAC)) eingesetzt.

Aufgrund des intensiven Engagements des Landes Wien beim gesamten Entwicklungsprozess hat Wien gemeinsam mit Slowenien die Koordination des Schwerpunktbereichs 10 „Verbesserung der institutionellen Kapazität und der Zusammenarbeit“ übertragen bekommen.

Dieser Schwerpunktbereich beinhaltet unter anderem den Austausch von Know-how in der Zusammenarbeit aller Ebenen der Verwaltung und in der Lösung öffentlicher Verwaltungsprobleme, die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft, die Stärkung städtischer und regionaler Netzwerke durch Wissenstransfer in modernen Technologien und Strategien und die Intensivierung der Metropolkooperation bzw. die Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Regionen.

Er deckt sich daher sehr gut mit den Schwerpunkten des Wiener Engagements im Zuge des Erstellungsprozesses der Strategie, nämlich die wichtige Rolle der Städte, Gemeinden und Regionen, die den unmittelbaren Kontakt zu den Bürgern haben, bei der Umsetzung der EUSDR zu vermitteln und damit die bisher erfolgreiche Kooperationspolitik Wiens mit den Städten und Regionen fortzusetzen und zu vertiefen.

Die transnationale Koordinierungsfunktion für den Schwerpunktbereich 10, die den Aufbau von Arbeitsstrukturen, die Kooperation mit den relevanten und interessierten Stakeholdern (z. B. im Hinblick auf die Umsetzung von Projekten bzw. die Weiterentwicklung des Aktionsplans), die Mitwirkung an der Kommunikation und Sichtbarmachung von Ergebnissen und das Monitoring bzw. das Berichtswesen an die EK umfasst, bietet auch die Chance, Wiener Interessen besonders zu berücksichtigen. Am 1. Juli 2011 hat die konstituierende Sitzung der transnationalen Steuerungsgruppe des Schwerpunktbereichs 10 im Wiener Rathaus stattgefunden und es wurde somit erfolgreich der Implementierungsprozess eingeleitet.

Neben dieser wichtigen Rolle Wiens besteht aber auch die Absicht, entsprechend den beim bisherigen Donaauraumprozess gesetzten inhaltlichen Impulsen über interessierte Dienststellen bzw. verbundene Unternehmen der Stadt Wien konkrete Projekte in den verschiedenen Schwerpunktbereichen zu lancieren bzw. sich daran zu beteiligen.

Interessensbereiche sind bisher vor allem:

- die Verbesserung der Mobilität und Entwicklung der multimodalen Standorte (Beispiel: EU-Projekt INWAPO, an dem der Hafen Wien beteiligt ist),
- die Sicherstellung der Wasserqualität bzw. das Management von Umweltrisiken (Beispiel: EU-Projekt Climate Change and Impacts on Water Supply (CC WaterS), bei dem die MA 31 als Lead Partnerin fungiert),
- Bildungsk Kooperationen im Donauraum (Beispiele: EU-Projekte EdTWIN und ET-Struc des Europabüros des Stadtschulrats für Wien),
- regionale Kooperationen (Beispiel: EU-Projekt CENTROPE CAPACITY, bei dem die Stadt Wien als Lead Partner fungiert) bzw.
- der Aufbau von Metropolkooperationen sowie der Austausch von Stadt -und Umwelttechnologien/-strategien zwischen den Städten und Regionen.

Die Koordinations- und Vernetzungsarbeit in Bezug auf die Wiener Interessen wird auf Verwaltungsebene durch die MD-BD, Gruppe Planung wahrgenommen.

Das Wiener Engagement wird maßgeblich von der politischen Ebene getragen, was etwa durch die Abhaltung einer gemeinsamen Konferenz der Stadt Wien mit der ARGE Donauländer mit dem Titel „Die EU-Strategie für den Donauraum verwirklichen“ am 3. 5. 2011 im Wiener Rathaus unter Vorsitz von Herrn Bürgermeister Dr. Häupl bzw. die prominente Mitwirkung des Herrn Bürgermeister beim Österreich Gipfel „EU-Strategie für den Donauraum – neue Impulse für Österreich“ am 04. 07. 2011 unterstrichen wird. Dies ist eine logische Folge der im Herbst 2009 eingeleiteten Wiener Initiativen und der Kooperationen in verschiedensten Städte- und Regionsnetzwerken mit Donauraumbezug. Neben dem langjährigen Wiener Engagement mit Vorsitzführung in den Jahren 2010 und 2011 in der ARGE Donauländer ist beispielsweise Wien auch im Rat der Donaustädte und -regionen durch den Herrn Bürgermeister im Präsidium höchstrangig repräsentiert. In Vertretung des Bürgermeisters werden die Donauraumagenden auf politischer Ebene auch durch den Wiener Wohnbaustadtrat Dr. Michael Ludwig wahrgenommen.

Kontakt und wichtige Links:

Magistratsdirektion Geschäftsbereich Bauten und Technik,
Stadtbaudirektion, Gruppe Planung

Dipl.-Ing. Dr. Kurt Puchinger
kurt.puchinger@wien.gv.at
Tel. 4000 82631

SR Dipl.-Ing. Otto Frey
otto.frey@wien.gv.at
Tel.: 4000 82633

EUSDR (EU-Ebene):

www.danube-region.eu

EUSDR in Österreich (ÖROK Homepage):

www.donauraumstrategie.at